



Quo vadis, Mediation?

»Wohin führt der Weg?« – Perspektiven aus Österreich und Deutschland

Jürgen Heim

Der Evaluierungsbericht zum Mediationsgesetz hat zahlreiche (auch kontroverse) Diskussionen ausgelöst. Wir haben in Österreich und Deutschland die weitergehende Frage nach der Perspektive gestellt: Welche Maßnahmen und Strategien könnten dazu beitragen, um das mit dem Mediationsgesetz verfolgte Ziel der Förderung von Mediation besser zu verwirklichen?

Österreich hat mit seinem Mediationsgesetz aus dem Jahre 2004 einen Erfahrungsvorsprung. Der Präsident des Österreichischen Bundesverbandes für Mediation (ÖBM), Dr. Herbert Drexler (H.D.) und die Leiterin des Wissenschaftsbeirats des ÖBM, Mag. Martina Schwind (M.S.) antworteten auf unsere Fragen:

SdM: Sehen Sie in Österreich Parallelen zu den Ergebnissen der deutschen Evaluationsstudie?

ÖBM: Die Situation in Österreich ist in vielen Punkten vergleichbar, besonders die zu geringe Nachfrage nach Mediationen wie auch die Honorarstruktur. Die

deutsche Studie zeigt: Ein Gesetz allein generiert noch keine Aufträge.

SdM: Wohin führt Ihrer Meinung nach der Weg der Mediation? Wo sehen Sie Perspektiven?

ÖBM: Wir glauben, dass es vor allem zu einem Wandel in der Wahrnehmung der Mediation kommen muss. Mediation sollte als professionelle Dienstleistung, als eigenständiger (!) Wissenschaftsbereich gesehen werden, in dem universitär intensiver geforscht und auch gelehrt wird. Es besteht noch ein Mangel von »bekannten MediatorInnen« – Gallionsfiguren – und Erfolgsgeschichten, mit denen eine breite

Öffentlichkeit diese Dienstleistung und Wissenschaft identifizieren kann. Damit würde Vertrauen in das Verfahren geschaffen und die Akzeptanz erhöht. Bei Gerichten sollte es im Vorfeld zumindest eine Verpflichtung zum Erstgespräch über Mediation geben.

Hinweis: Die Langfassung dieses Interviews, das mit Unterstützung von Dr. Karl Kreuser zustande kam, finden Sie auf dem Fachportal www.mediation-aktuell.de.

Weitere Antworten aus Deutschland lesen Sie auf den Folgeseiten.



Christian Bähner

Diplom Pädagoge, Mediator BM® und Ausbilder BM®, Geschäftsführender Gesellschafter der Freiburger Organisationsberatung *Zweisicht*.



Ljubjana Wüsthube

Geschäftsführende Gesellschafterin in medio Berlin, Mediatorin (BM, BMWA, ÖBM), Ausbilderin für Mediation (BM, BMWA), Führungskräfte-Coach, Gestalt – Psychotherapeutin.



Thomas Robrecht

geschäftsführender Gesellschafter von SOKRATEam, lizenzierter Mediator/Ausbilder BM®, Mitglied des Ältestenrates im BM, Gruppensprecher für Deutschland im ÖBM.

Um die Mediation in der Breite zu etablieren wären folgende Maßnahmen hilfreich und empfehlenswert:

1. Erweiterte »Freiwilligkeit«: Angeordnete Mediation

Im Mediationsgesetz wie auch in den ersten Rechtsprechungen wird »Freiwilligkeit« in einem engeren Sinne verstanden. Dies entspricht in unserem Arbeitsfeld, der innerbetrieblichen Wirtschaftsmediation, häufig nicht der Realität und auch nicht dem Bedarf von Unternehmen. Hilfreich wäre, wenn die Information über Mediation (analog zu § 135 FamFG) auch hier angeordnet werden kann oder sogar ein vorgeschaltetes Mediationsverfahren obligatorisch wird.

2. Mediationskostenhilfe

Um Mediation in der Breite als tatsächliche Alternative zu Gerichtsverfahren zu etablieren, braucht es die gleiche finanzielle, unbürokratische und schnelle Förderung mit einer flächendeckenden Information darüber.

3. Konfliktfähigkeit als Bildungsziel

Die nachhaltige Förderung von Mediation setzt konsequenterweise viel früher an: In Kitas, Kindergärten, und Schulen sollte »Soziales Lernen« noch stärker ein Teil des Unterrichts werden und Konfliktfähigkeit ein Bildungsziel sein.

4. Öffentliche Verwaltung als Vorreiter für Mediation.

Zur Förderung von Mediation sollte der Gesetzgeber auch staatlichen Institutionen und dem öffentlichen Dienst auf Landes- und Bundesebene die Anwendung von Mediation empfehlen.

Mediation – mehr als ein Verfahren!

Zugegeben, bei der Zielsetzung des Mediationsgesetzes ist mit »Förderung von Mediation« Mediation als formelles Verfahren gemeint, durchgeführt durch externe Dienstleister. So gesehen ist es verständlich und folgerichtig, dass der Evaluationsbericht auf diesen Bereich fokussiert. Aber – wir müssen diese Verengung des Blicks mit der Fixierung auf Fallzahlen nicht übernehmen.

Betrachten wir die gesellschaftliche Wirkung von Mediation, so liegt vermutlich ihr größtes Potential gar nicht im formellen Verfahren, sondern in einem verbesserten, nämlich mediatierten Konfliktmanagement von Führungskräften in Organisationen und anderen Funktionsträgern. Sie sind in Mediation geschult sind, wenden ihr Wissen institutionalisiert in internen Konfliktmanagementsystemen oder semi-formell oder ganz informell an und tragen damit zu einem Kulturwandel bei, der die ganze Organisationen betrifft. Erst wenn all die hierdurch einvernehmlich gelösten Konflikte mitgezählt würden, würde sich das ganze Bild der gesellschaftsverändernden Kraft von Mediation zeigen. Das sollten wir auch dann nicht vergessen, wenn wir – was natürlich sinnvoll und nötig ist – über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mediation als Verfahren sprechen.

P.S.: Trotzdem bleibt die Mediationskostenhilfe die richtige Forderung und die ablehnende Argumentation des Evaluationsberichts hierzu ist wenig überzeugend.

Die Evaluation bildet die veröffentlichte Realität des Bundesverbandes Mediation nicht ab. Sie zeigt, dass all unsere Überzeugungsversuche noch nicht erfolgreich genug waren oder missverstanden wurden. Deshalb braucht es nun mehr desselben. So bedienen wir uns der gleichen Lösungsmuster, wie unsere KlientInnen, obwohl wir als Profis es besser wissen müssten.

Doch ein Blick auf die Konsequenzen löst diesen Widerspruch auf:

- Man müsste den Mediationsmarkt anstelle des Ausbildungsmarkts fokussieren.
- Man müsste Rückmeldungen von MediandInnen konsequent in die Qualitätsbewertung von Mediation einbeziehen.
- Man müsste zeitgemäße und für die Gesellschaft attraktive Formen der Mediation entwickeln, die über die Encounter-Ansätze der 80er Jahre hinausgehen.
- Man müsste Mediation als Profession etablieren.

Und selbst, wenn jedes vage »man müsste« zu einem kraftvollen »wir wollen« mutiert, wird spätestens die Realität des ehrenamtlich Leistbaren die Utopie des »Wollens« entlarven. Deshalb ist »mehr desselben« der eindeutig realistischere Weg. Er wird aber die Mediations-Realität von Angebotsstau und fehlendem Nachfragesog nicht verändern.

Was bleibt ist die Hoffnung auf belastbare Beweise, dass diese Einschätzung völlig an der Realität vorbei geht.